

Sozialwende jetzt!

Initiator und Autor: Marco Bülow, MdB

Autoren und Unterstützer: Dr. Matthias Albrecht, Dr. Andreas Bach, Anja Butschkau MdB; Michael Groß MdB, Michael Henke, Prof. Dr. Dietmar Köster MdEP; Indra Paas, Renè Röspel, MdB; Eberhard Weber

Inhalt

1. Einleitung	2
2. Gute Arbeit	3
3. Kommunen im Lebensmittelpunkt	4
4. Pakt für Chancengleichheit	6
5. Selbständige stärken	7
6. Gutes Leben im sozialen Quartier	8
7. Rente	10
8. Krankenversicherung	11

Verantwortlich im Sinne des Presserechts und Kontakt:

Name: Marco Bülow, MdB
Büro: Brüderweg 10-12, 44135 Dortmund
E-Mail: marco.buelow@bundestag.de
Homepage: www.marco-buelow.de
Facebook: facebook.com/marco.buelow
Twitter: @marcobuelow
Tel 0231 4766990

1. Einleitung

Deutschland ist reich. Wir häufen riesige Vermögen an, allein in den nächsten 10 Jahren werden 3-4 Billionen € vererbt. Das Volkseinkommen, die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, ist selbst zwischen 2012 und 2015 um 10% gestiegen. Umso absurder, dass gleichzeitig die Ungleichheit besonders in Deutschland besonders groß ist und die Armutsgefährdung wächst. Immer weniger Menschen profitieren vom Wachstum. Die soziale Marktwirtschaft gibt es nicht mehr. Aus der Aufstiegs- wird immer mehr eine Abstiegs-gesellschaft. Nur 36 Milliardäre vereinigen auf sich ein Vermögen, welches sich ansonsten 41 Mio. Menschen in Deutschland teilen müssen.

Egal wie liberal oder konservativ man sein mag, für wie wichtig man Vermögensunterschiede als Anreiz hält, diese abstrus hohe Ungleichheit kann niemand rechtfertigen. Es geht nicht um Neid oder Gleichmacherei. Im Gegenteil: Jeder müsste begreifen, dass es längst nicht mehr „nur“ eine Frage der Moral oder der unterschiedlichen politischen Bewertung ist. Es geht um die Gefährdung des sozialen Friedens und unseres Wohlergehens. Reichtum und Armut haben sich so stark manifestiert, sind so undurchlässig geworden, dass vor allem die Herkunft über Wohlstand entscheidet und sich Leistung allein eben nicht mehr lohnt! Es gilt jetzt, umzusteuern und die Forderungen zu diskutieren. Klar ist, dass Pflaster nicht mehr reichen. Wir brauchen eine wirkliche **Sozialwende**.

Insbesondere die Kommunen müssen mehr Hilfe erhalten, um Maßnahmen vor Ort zu finanzieren. Dort spüren die Menschen die Auswirkungen am stärksten. Dort entscheidet sich, ob wir eine soziale Zukunft haben. Geld ist genug da. Es gibt viele Möglichkeiten – selbst ohne höhere Gesamtsteuern, Maßnahmen zu finanzieren, die uns wirtschaftlich voranbringen, die Chancengleichheit erhöhen und die Ungleichheit vermindern.

Dies gilt besonders für das Ruhrgebiet. Jahrzehnte lang haben die Menschen hier hart gearbeitet und mit dafür gesorgt, dass ländliche und strukturschwache Regionen wie Bayern oder später die östlichen Bundesländer sich mit unserer Hilfe modernisieren konnten. Leider hat die Metropolregion Ruhr mit etwa 5 Mio. Menschen noch immer unter dem Strukturwandel zu leiden. Der Verlust von vielen industriellen Arbeitsplätzen konnte mit viel Aufwand und Innovation durch neue Jobs abgefedert, aber nicht voll ausgeglichen werden. Vor allem die Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit sind hier überdurchschnittlich hoch. Die Menschen im Ruhrgebiet sind zudem stärker von Armut gefährdet. Aber es gibt hier auch viel Potential und Möglichkeiten, die besser ausgeschöpft werden könnten, wenn die zusätzlichen Belastungen der Kommunen vom Bund vernünftig ausgeglichen würden.

Natürlich ist Ungleichheit nicht nur ein deutsches Thema, auch wenn sie hierzulande besonders hoch ist. Natürlich muss man Ungleichheit auch international bekämpfen, indem man Finanzoasen austrocknet, Steuerdumping bekämpft, soziale Absicherungen internationalisiert und indem Handelsabkommen endlich wirklich fair sind und nicht soziale und ökologische Standards zu Gunsten von einigen Großkonzernen opfern. Aber wir wollen den Fokus auf unser Land legen, häufig genug wird Europa und die Globalisierung als Ausrede benutzt, nicht vor Ort aktiv zu werden.

Dennoch sei hier betont, dass auch der Europäischen Union (EU) zukünftig in sozialpolitischer Hinsicht eine zentrale Bedeutung zukommt. Um die Krise der EU zu bewältigen, muss die soziale Ungleichheit europaweit überwunden werden. Ein zentraler Grund für die Krise der EU besteht darin, dass sich viele Menschen vom derzeitigen System abgehängt fühlen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, die

soziale Ungleichheit nimmt explosionsartig zu. Viele Menschen fühlen sich durch die neoliberale Globalisierung zurückgelassen und glauben nicht mehr daran, dass die Demokratie für ein besseres Leben sorgt. Dies entzieht der Demokratie die Legitimation, was wiederum zu einer Krise der Demokratie führt. So gerät der gesamte vorherrschende Politikbetrieb („Establishment“) unter Generalverdacht. Rechte und antieuropäische Kräfte nutzen dies aus und kanalisieren Ängste vor sozialem Abstieg in nationalistische Ressentiments. Daher brauchen wir einen Neustart für ein solidarisches Europa! Das reiche Deutschland müsste in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle einnehmen.

Geld ist genug in Deutschland vorhanden, selbst wenn der gesamt erhobene Steuerbeitrag nicht erhöht wird. Aufgeführt sei hier nur:

- dass wir 2016 im Staatssektor 23,7 Mrd. € Überschuss erwirtschaftet haben (Bund allein: 7,7 Mrd.).
- dass wir jedes Jahr 37 Mrd. € für Verteidigung, aber zusammen nur 23 Mrd. € für Bildung, Forschung, Umwelt und Bauen ausgeben. Pläne gehen davon aus, dass noch weitere 30 Mrd. € fürs Militär ausgegeben werden sollen!
- dass wir jährlich 57 Mrd. € für gesundheits- und umweltschädliche Subventionen ausgeben
- dass Steuerflucht und Steuerbetrug uns Milliarden kosten, jedoch immer noch zu wenig verfolgt und fast wie ein Kavaliersdelikt behandelt werden.
- dass wir eine hohe Mehrwertsteuer (die vor allem die weniger reichen Menschen trifft) erheben, aber den Spitzensteuersatz und die Erbschaftssteuer auf eine lächerliche Höhe gesenkt haben.
- dass wir mit der pauschalen Abgeltungssteuer von 25% Menschen bevorzugt behandeln, die es sich leisten können, von Zinsen zu leben.
- dass es keine Finanztransaktionssteuer und Vermögenssteuer gibt

Dieses Papier soll informieren, aufrütteln, zum Mitmachen anregen und aufzeigen, welche Positionen wir vertreten, wofür wir uns in der SPD, in der Politik und Gesellschaft engagieren. Wir wollen mithelfen, die Verringerung von sozialer Ungleichheit zur Hauptaufgabe des nächsten Jahrzehnts zu machen. Die Zeit des Wegschauens ist vorbei!

Einige Missstände und eine Reihe von konkreten Maßnahmen haben wir in diesem Papier beschrieben. Aber wie immer geht es nicht allein um Fakten und einleuchtende Forderungen, sondern darum, endlich zu handeln. Vorwärts und nicht vergessen!

2. Gute Arbeit

Was falsch läuft:

Viele Menschen wurden in den letzten 10 Jahren in ihrer beruflichen Entwicklung abgehängt. Ihre Arbeit wurde entwertet oder sie wurden arbeitslos. Die Arbeitsbedingungen in sehr vielen Branchen werden immer schlechter.

Der Arbeitsdruck steigt, der Nettolohn stagniert. Immer mehr unbezahlte Überstunden werden verlangt. Gleichzeitig erhalten die obersten Führungskräfte immer mehr Geld. Der Mindestlohn von jetzt 8,84 € reicht kaum zum Leben und führt zu Altersarmut.

Statt Leiharbeit, die etwas besser geregelt ist, versuchen einige Arbeitgeber nun mehr Werkverträge mit schlechten Bedingungen durchzusetzen. In Dortmund gibt es beispielsweise noch über 16.000 Langzeitarbeitslose, die oft schon mehrere Jahre ohne jede Beschäftigung und Perspektive sind.

Was wir besser machen wollen:

Gute Arbeit ist ein unverzichtbarer Baustein für Innovation und Zukunftsfähigkeit. Daher müssen wir die Arbeitsbedingungen besser gestalten. Dazu gehört u. a. eine kontinuierliche Weiterbildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Zeitsouveränität der Arbeitnehmer/innen, Ausbau der Mitbestimmung und Stärkung der Tarifbindung.

Wir brauchen eine Arbeitspolitik, die es möglich macht, das Erwerbseinkommen wieder zu stärken. Die Einführung des Mindestlohns darf nur ein erster wichtiger Schritt sein. Insgesamt hinken Löhne/Gehälter dem Vermögenszuwachs hinterher. Vor allem in verschiedenen Dienstleistungsbranchen, wie z. B. im Hotel- und Gaststättengewerbe im Einzelhandel, Kranken- und Pflegeberufe ist das Lohn- und Gehaltsniveau beschämend niedrig.

Wir brauchen einen sozialen Arbeitsmarkt für langjährige Arbeitssuchende mit mehreren Vermittlungshemmnissen. Wichtig für einen solchen sozialen Arbeitsmarkt ist es, Beschäftigungsfelder zu erschließen, die bislang nicht vom Markt bedient werden.

Unsere konkreten Forderungen an den Bund:

1. Wir brauchen ein Gesetz für einen **sozialen Arbeitsmarkt**, um vielen tausenden Menschen hier vor Ort wieder eine dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu geben. Zudem bedarf es einer Stärkung des **regionalen Arbeitsmarktes**, um direkter wirken zu können.
2. Insgesamt müssen **Löhne gestärkt** werden, auch im öffentlichen Dienst. Über **equal pay** darf nicht nur geredet werden, Frauen müssen endlich den gleichen Lohn wie Männer erhalten.
3. Wir brauchen ein Gesetz, um den **Missbrauch von Werkverträgen** zu verhindern. Tätigkeiten die vorher die Stammebelegschaft erledigt hat, dürfen nicht ausgelagert werden.
4. Wir brauchen ein Gesetz, um eine **Verbandklage**, zum Beispiel von Gewerkschaften zu ermöglichen, um die Rechte der Einzelnen besser durchzusetzen.
5. Wir wollen ein neues Projekt **Arbeit 4.0**, in dem nicht die Interessen der Wirtschaft, aber vor allem auch der Beschäftigten berücksichtigt werden.

3. Kommunen im Lebensmittelpunkt

Was falsch läuft:

Seit Jahren übersteigt die Abschreibungssumme die Höhe der von den Kommunen geleisteten Infrastrukturausgaben deutlich. Im Klartext heißt das: es gibt seit 2003 einen

spürbaren Substanzverzehr der öffentlichen Ausstattungen. 2015 gab es einen aufgestauten kommunalen Investitionsrückstand in Höhe von 136 Mrd. €, davon ein Viertel im Bereich der Bildung. Gleichzeitig unterscheidet sich der Investitionsumfang in den Kommunen stark. Dabei spielen auch wirtschaftliche Strukturunterschiede und die verschiedenen hohe Belastung durch Sozialausgaben eine erhebliche Rolle. Viele Jahre lang haben die Kommunen immer mehr Verantwortung übertragen bekommen, im Gegenzug wurden aber nicht alle Leistungen vom Bund ausreichend gegenfinanziert. Insbesondere die Personalausstattung sowie der Zugang zu Know-how sind bestehende Probleme der Kommunen.

Was wir besser machen wollen:

Die Kapazitäten der Kommunen müssen deutlich gestärkt werden. Die Kommunen halten die Versorgung vor Ort im Gange und leisten damit extrem wichtige Beiträge. Hier leben die Menschen und hier ist die Ebene, die am Ende der politischen Kette steht und die Probleme nicht mehr abwälzen kann. Die ins Grundgesetz geschriebene Schuldenbremse für Bund und Länder darf nicht dazu führen, dass die Kosten (und damit auch eine evtl. Verschuldung) auf die Kommunen verlagert werden.

Gerade jetzt, wo die wirtschaftliche Lage sich weiter positiv entwickelt ist, wäre ein guter Zeitpunkt für ein umfassendes und nachhaltiges Investitionspaket. Die positiven Effekte würden dann zum Tragen kommen, wenn die Wirtschaft weiter abflaut. Durch den Einsatz von staatlichen Mitteln würden die Kommunen entlastet und die privaten Investitionen in den Städten würden sich erhöhen, denn mehr als die Hälfte des Nachholbedarfs entfallen auf Instandhaltung, Sanierung, Aus-, Rück- und Umbau von Gebäuden. Investitionen in diesen Bereichen hätten unmittelbare lokale, positive Beschäftigungswirkungen.

Bei Entlastungen muss darauf geachtet werden, dass die Hilfen dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Dies ist bei den Kommunen im Ruhrgebiet definitiv der Fall.

Unsere konkreten Forderungen an den Bund:

1. Wir wollen, dass dauerhaft 1/3 des im Bund erwirtschafteten Jahresüberschusses in **kommunale Infrastruktur** fließt. Diese Regel soll ins Grundgesetz. Besonders im Fokus sollte dabei der Investitionsrückstau bei Straßen, Kindergärten, Schulen, Universitäten und Krankenhäusern stehen.
2. Wir fordern eine **Selbstverpflichtung zum Vermögenserhalt**. Um die öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken, wollen wir eine Selbstbindung der öffentlichen Hand im Grundgesetz: es braucht eine Verpflichtung des Staates zu öffentlichen Investitionen in der Höhe, dass mind. die Abschreibungen auf das Vermögen kompensiert werden.
3. Wir wollen, dass der Solidaritätszuschlag von einer Ost-/West-Förderung in eine **Förderung von benachteiligten Regionen** – unabhängig ihrer Geografie – umgemünzt wird. Als Indikatoren könnten gelten: Pro-Kopf-Verschuldung, Pro-Kopf-Investition, Langzeitarbeitslosigkeit, Arbeitslosenquote oder die Zahl der Schulabbrecher.
4. Zusätzlich fordern wir ein neues, langfristig angelegtes **Zukunftsinvestitionsprogramm** mit dem Schwerpunkt Bildung, Forschung und Klimaschutz. Wir wollen nachhaltiges Wachstum generieren sowie zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Das bestehende „Zukunftsinvestitionsprogramm 2016 - 2018“ der Bundesregierung sollte fortgeführt und im Volumen deutlich ausgebaut werden.

5. Wir fordern die Einrichtung einer zentralen **Beratungsagentur für Kommunen**, die bei Planung, Beschaffung und Umsetzung von Projekten unter die Arme greift.
6. Gelder für Projekte, die Kommunen abrufen können, müssen langfristig und verstetigt zur Verfügung stehen.

Um die öffentliche Daseinsvorsorge zu garantieren, sollte es ein **Verbot von Privatisierungen kommunaler Infrastruktur** geben. Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Das gilt z. B. für Wasser und Abwasser, Bus und Bahn, Straßen, Schulen, Müllabfuhr, Rettungsdienste, Schwimmbäder, oder Bibliotheken.

7. Der Bund sollte deutlich mehr Kosten für die langfristigen Maßnahmen der **Flüchtlingsbetreuung** übernehmen.

4. Pakt für Chancengleichheit

Was falsch läuft:

Obwohl hierzulande alle über die formal gleichen Rechte verfügen, sind Chancen ungleich verteilt. Die eigenen Aufstiegsperspektiven sind nach wie vor vom familiären Hintergrund abhängig. So manifestieren sich die bestehenden Strukturen. Kinder, deren Eltern bereits studiert haben, besitzen deutlich bessere Chancen als alle anderen Kinder. 61% der Kinder, deren Eltern einen hohen Bildungsstand haben, besuchen das Gymnasium. Nur 14% der Kinder, deren Eltern einen niedrigen Bildungsstand haben, schaffen das. Die hohe Undurchlässigkeit des deutschen Bildungssystems führt weiterhin dazu, dass Kinder unabhängig von ihren Fähigkeiten und ihrer Entwicklung ggf. auf einer Schule verbleiben, die ihnen keine weitere Entwicklungsmöglichkeit bietet.

Was wir besser machen wollen:

Unser Ziel ist es, dass der Bildungserfolg eines Kindes nicht mehr länger vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist. In Stadtteilen mit soziokulturellen Problemlagen muss zukünftig gewährleistet werden, dass nicht nur die Versorgung mit ausreichend Grund- und Weiterführenden Schulen stimmt, sondern es muss auch möglich gemacht werden, dass Kinder und Jugendliche aus finanzschwachen Familien an kostenfreien Bildungsangeboten teilnehmen können. Am Ende einer jeden Schulkarriere muss stehen, dass jedes Kind im Rahmen der eigenen kognitiven Fähigkeiten gefördert wurde und einen Schulabschluss gemacht hat.

Unsere konkreten Forderungen an den Bund:

1. Wir wollen eine **Kindergrundsicherung**, um jede Familie mit ausreichenden finanziellen Mitteln zur Schulbildung auszustatten.
2. **Mehr Geld für Bildung** ist essentiell. Es muss in die Ausstattung unserer Schulen und Kindergärten fließen.
3. Wir fordern mehr **Schulsozialarbeit**: An jeder Schule muss es Schulsozialarbeit geben, um Problemlagen aufzufangen und professionelle Hilfe zu leisten.
4. Das **Kooperationsverbot** muss vollständig **abgeschafft** werden; der Bund muss die Länder bei guter Bildung unterstützen! Allerdings ist das Ziel keineswegs, private Investoren mittels öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) großflächig in das

Bildungssystem einzubeziehen. Vielmehr muss eine klassische staatliche Finanzierung angestrebt werden.

5. **Frühkindliche Bildung** müssen wir stärker unterstützen: jedes Kind hat ein Anrecht auf einen KiTa Platz!
6. Wir fordern mehr **inklusives Lernen**: alle Kinder gehören in unsere Gesellschaft. In kleinen Klassen mit mehreren Lehrkräften sollen Kinder mit und ohne Beeinträchtigung gemeinsam miteinander lernen.
7. Um konkret Geld für bessere Bildung in Deutschland bereitzustellen, sollte der **Erbschaftssteuersatz erhöht** und nur hierfür verwendet werden. Eine weitere Finanzquelle wäre beispielsweise die Finanztransaktionssteuer

5. Selbständige stärken

Was falsch läuft:

In Deutschland arbeiten zurzeit etwa 4,2 Mio. Selbstständige – das sind rund 10% aller Erwerbstätigen. Seit 2007 gibt es erstmals mehr Solo-Selbstständige (2,35 Mio.) als solche mit Angestellten (1,85 Mio.), dazu gehören u.a. Handwerker, Pflegedienstleister, Kleingewerbetreibende, Hausmeister, IT-Entwickler, Journalisten, Kreative/Kulturschaffende und sonstige Freiberufler. Viele von ihnen sind nicht freiwillig selbstständig, sondern alternativ zu einer Beschäftigung im Niedriglohnsektor oder zu wiederholt befristeten Arbeitsverhältnissen. Typisch für die Gruppe der Solo-Selbstständigen sind tendenziell niedrige, uneinheitliche und auch individuell stark schwankende Einkommen. So verdient im unteren Bereich des Spektrums etwa jede/r Dritte unter 1.100 € netto, mehr als 25 % arbeiten zu einem Bruttostundenlohn unter 8,50 €.

Demgegenüber fokussiert sich das deutsche Sozialversicherungssystem, mit wenigen Ausnahmen, bis heute auf abhängig Beschäftigte. Die klassischen Risiken Erwerbstätiger (Alter, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erwerbsminderung, Pflegebedürftigkeit) werden überwiegend paritätisch von Arbeitgebern und Beschäftigten finanziert. Selbstständige gelten mehrheitlich als nicht schutzbedürftig. Von den 4,2 Mio. Selbstständigen sind etwa 3 Mio. nicht obligatorisch abgesichert, weil sie über keinen gleichberechtigten Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen verfügen.

Die Beitragsbemessung orientiert sich, anders als bei abhängig Beschäftigten, nicht am tatsächlichen Einkommen, sondern an einem unterstellten (fiktiven) Mindesteinkommen, das viele Selbstständige deutlich verfehlen oder zumindest nicht durchgängig erzielen können. Der resultierende Versicherungsbeitrag muss vom Selbständigen zudem allein getragen werden. Damit bleibt häufig zu wenig übrig für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs, für notwendige Investitionen und insbesondere für private Altersvorsorge – es drohen prekäre Lebensverhältnisse und Altersarmut.

Was wir besser machen wollen:

Über 4 Mio. Selbstständige sind eine wichtige Säule der deutschen Wirtschaft, sie brauchen deshalb bezahlbare, am tatsächlichen Einkommen orientierte Krankenversicherungsbeiträge. Erhebliche Schwankungen der Einkommen im Jahresverlauf müssen dabei berücksichtigt werden. Selbstständige benötigen darüber hinaus einen

gleichberechtigten Zugang zur gesetzlichen Rentenversicherung, ebenso zu bezahlbaren Bedingungen. Das dient nicht nur der Stabilisierung der unternehmerischen Tätigkeit, sondern ermöglicht auch Investitionen und Wachstum und mindert das Risiko von Altersarmut.

Unsere konkreten Forderungen an den Bund:

1. Wir fordern für Selbstständige **Krankenversicherungsbeiträge**, die sich flexibel am tatsächlichen Einkommen orientieren.
2. Wir fordern die Aufnahme aller Selbstständigen in die **gesetzliche Rentenversicherung** zu einkommensabhängigen, flexiblen Beiträgen.
3. Der Ausbau von und erleichterte Zugang zu **Mikrokrediten** für Selbstständige ist ein Hebel.

6. Gutes Leben im sozialen Quartier

Was falsch läuft:

Bezahlbares Wohnen ist in Deutschland wieder zur sozialen Frage geworden. Während manche Regionen unter starken Schrumpfungsprozessen leiden, gibt es heute in begehrten Stadtteilen und Quartieren schlichtweg Wohnungsnot. Die Zahl der gebauten Wohnung steigt - aber dies sind oft nur teure Eigentumswohnungen und Appartements.

Sozialwohnungen fallen weg, was besonders Menschen mit geringen Einkommen/Renten, Familien, Studenten/Auszubildende hart trifft. Drastische Mieterhöhungen oder überbeuerte Sanierungen verdrängen Bewohner aus ihren bezahlbaren Wohnungen in ihren angestammten Quartieren.

Die Stadt der kurzen Wege ist noch lange nicht umgesetzt. Pendeln zur Arbeit oder zur Bildungseinrichtung gehört zum Alltag. Die Innenstädte sind nach wie vor durch Individualverkehre geprägt, barrierefreie Städte und notwendige Anpassungen an den Klimawandel müssen dringend im Sinne eines sozialen Quartiers umgesetzt werden, denn hier beginnt Integration, findet gesellschaftliche Teilhabe statt. Im sozialen Quartier spiegelt sich der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Was wir besser machen wollen:

Respekt, Zusammenhalt und Solidarität sind Voraussetzungen für eine Gute Gesellschaft. Die Stadt, das Quartier ist der Ort, an dem Menschen ihre Lebensentwürfe umsetzen. Die Wohnung und unmittelbare Wohnumgebung, die Ausgestaltung und Sicherheit öffentlicher Räume, Bildungsmöglichkeiten, Verkehrsanbindung und Versorgungsstrukturen bestimmen die Lebensqualität und die Perspektiven.

Wir wollen eine soziale Quartierspolitik als Teil der Daseinsvorsorge. Stadtentwicklung und Quartierspolitik sind als Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verstehen. Deshalb gilt es, die integrative Kraft der Städte, Gemeinden und Quartiere zu nutzen und auf allen Ebenen zu fördern. Ein Ziel sozialer Quartierspolitik besteht darin, allen Menschen – unabhängig von Alter, Gesundheitszustand, Einkommen und Herkunft – den Zugang zu den wichtigen Einrichtungen des täglichen Lebens zu ermöglichen, um sie in ihrem Alltag bestmöglich zu unterstützen. Funktionale Vielfalt und gute Mobilität stärken zugleich die

soziale und kulturelle Vielfalt des Quartiers. Angesichts der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft ist auch der schnelle Zugang zum Internet von immer größerer Bedeutung.

Wir brauchen eine Stärkung der kommunalen Wohnungsunternehmen als Korrektiv am Wohnungsmarkt. 60% der Wohnungen mit Sozialbindung befinden sich in der Hand kommunaler Unternehmen. Der Bund muss weiter für den sozialen Wohnungsbau, die Städtebauförderung und das Wohngeld verantwortlich bleiben. Gemeinwohlorientiertes Handeln aller Akteure im Quartier soll belohnt werden, z.B. durch einen erleichterten Zugang zur Förderung.

Die kommunale Selbstverwaltung ist zu stärken. Um Gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Land sicherzustellen, müssen Kommunen ausreichende eigene Einnahmen haben. Die Leistungen, zu denen Bund und Länder die Kommunen verpflichten, müssen von ihnen voll finanziert werden. Wir müssen zu dem Prinzip zurück: „Wer bestellt, bezahlt!“

Wir sind der festen Überzeugung, dass Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand gehört. Das gilt für Wasser und Abwasser, Bus und Bahn, Straßen, Schulen und Hochschulen, öffentliches Grün, Müllabfuhr, Feuerwehr und Rettungsdienste, Kanäle, Schwimmbäder, oder Bibliotheken und alle anderen Leistungen der Daseinsvorsorge. Sie muss auch in Zukunft öffentlich bleiben oder wieder werden, damit diese grundlegenden Leistungen uns allen gleichermaßen und in guter Qualität zur Verfügung stehen. Und sie muss demokratisch kontrolliert sein.

Unsere konkreten Forderungen an den Bund:

1. Wir brauchen eine **Gemeinschaftsaufgabe Wohnen** - Alle staatlichen Ebenen müssen dieser gemeinsamen Verantwortung nachkommen. Wir brauchen auch nach 2019 eine Beteiligung des Bundes an den Finanzmitteln für die **soziale Wohnraumförderung**.
2. Wir müssen die **Mietpreisbremse** scharf stellen und endlich eine stärkere Begrenzung der Umlage der Modernisierungskosten auf die Miete umsetzen.
3. Städtische Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften müssen bei Bau bezahlbarer Wohnungen und Wohnungen mit sozialer Bindung gestärkt werden – Wir brauchen eine **Investitionszulage** für diese Gesellschaften.
4. Das **Wohngeld** muss dynamisiert und in ein Klimawohngeld umgewandelt werden, damit auch Haushalte mit wenig Einkommen in energetisch sanierten Wohnungen leben können.
5. Wir brauchen eine neue **Gemeinwohlorientierung**, die diejenigen stärkt und vordergründig mit staatlichen Fördermitteln ausstattet, die tatsächlich bezahlbare Wohnungen bauen.
6. Wir müssen die **Liegenschaftspolitik des Bundes** neu ausrichten. Das BImA-Gesetz muss geändert und sich an den Belangen der Städte und Gemeinden orientieren.
7. Der Bund muss weitere Anstrengungen zur **finanziellen Entlastung der Städte und Gemeinden** unternehmen. Nur so bleibt den Kommunen genug finanzieller Spielraum, eine gute Bodenvorratspolitik zu betreiben, ausreichend Fachpersonal anzustellen, selbst bezahlbare Wohnungen anbieten zu können und alle Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in der öffentlichen Hand zu belassen oder wieder zurückzuholen.
8. Wir brauchen eine stärkere Verzahnung der unterschiedlichen Förderpolitiken. Die **Förderung der KfW** für den Neubau und für die Sanierung muss weiter verstetigt werden.

9. Die **Förderprogramme des Bundes** müssen noch stärker auf die Ebene des Quartiers/ des Stadtteils abstellen.
10. Die Bundesmittel für die **Städtebauförderung** müssen verstetigt und ausgebaut werden. Das gilt insbesondere für die Programme Soziale Stadt und das Programm Altersgerechtes Umbauen. Wir brauchen eine Bundesstiftung Soziale Stadt, die die Vernetzung in den Quartieren vorantreibt und Prävention und Integration stärkt.

7. Rente

Was falsch läuft:

Altersarmut wird – gerade mit steigender prekären Beschäftigung und zu geringen Löhnen – zu einem immer größeren Problem. Vor allem Frauen sind davon betroffen. Menschen, die in Teilzeit oder im Niedriglohnbereich gearbeitet haben oder nicht ununterbrochen 45 Jahre beschäftigt waren, werden keine ausreichenden Rentenansprüche erwerben. Ohne Veränderungen droht jedem Zweiten, der 2030 neu in Rente geht (im Ruhrgebiet deutlich früher), die Altersarmut. Private Vorsorge können sich viele Menschen nicht leisten. Die zweite und dritte Säule der Altersvorsorge beugen der Altersarmut nicht vor.

Es hat sich zudem gezeigt, dass Riester- und Betriebsrenten keine guten, ergänzenden Vorsorgemodelle darstellen. Betriebsrentner erleiden einen dreifachen Rückschlag: volle (doppelte) Besteuerung der Betriebsrente, voller (doppelter) Beitrag zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, Reduzierung der gesetzlichen Rente wegen weniger Entgeltpunkten. Die Riester-Rente lohnt sich nicht für Geringverdiener und für Personen, die längere Zeiten beschäftigungslos waren, da alle Einkünfte aus der Riester-Rente mit der Grundsicherung im Alter verrechnet werden.

Was wir besser machen wollen:

Wir wollen, dass niemand Angst davor haben muss, im Alter in die Armut abzurutschen. Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder an den Zielen „Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit“ ausgerichtet werden. Dafür ist es wichtig, dass wir aus der Rente ein wirklich solidarisches Projekt machen – sie kann nur armutsfest sein, wenn sich gut verdienende Berufsgruppen auch einbringen. Wir brauchen also einen Systemwechsel.

Abseits der konkreten Änderungen am Rentensystem gibt es auch Faktoren, die sich später auf eine gute Rentenversorgung auswirken, z.B. das Lohnniveau. Wer heute nur einen Niedriglohn verdient, wird im Alter kaum eine Rente über Grundsicherungsniveau erhalten. Es ist notwendig, dass der Mindestlohn oberhalb der Armutsgrenze liegt, sowohl für die aktuellen Einkünfte als auch für spätere Renteneinkünfte. Ein weiterer Faktor ist die Anerkennung unentgeltlicher Arbeit und ebenso wichtig ist die Ausgestaltung anderer Vorsorgeoptionen neben der gesetzlichen Rentenversicherung. Ideen müssen wir auch entwickeln, um zusätzliche Vorsorgemodelle voranzubringen, beispielsweise das selbstgenutzte Wohneigentum.

Unsere konkreten Forderungen an den Bund:

1. Wir wollen einen Systemwechsel hin zu einer **Erwerbstätigenversicherung**: wir brauchen eine Bürgerrente, in die alle einzahlen und von der alle profitieren, also auch Selbständige, Beamte und Politiker.

2. Wir fordern eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische **Mindestrente** in Höhe von mind. 1150 € netto.
3. Die **betriebliche Altersvorsorge** muss überarbeitet werden. Die entstehenden Einnahmeverluste könnten in der gesetzlichen Rentenversicherung durch zusätzliche Steuermittel ausgeglichen werden. Außerdem muss überprüft werden, ob die volle Beitragspflicht von betrieblichen Renten zur gesetzlichen Krankenversicherung abgeschafft werden kann.
4. Eine weitere Förderung neuer Riester-Verträge mit staatlichen Mitteln erfolgt nicht.
5. Wir wollen **flexiblere Übergänge in den Ruhestand**. Dabei wird dem Grundsatz gefolgt, dass alle Versicherten zunächst ab 65 abschlagsfrei in eine Altersrente gehen können. Der Zugang zu Erwerbsminderungsrenten sollte also deutlich erleichtert werden. Versicherten mit 40 Beitragsjahren (inkl. gleich gestellter Zeiten) sollte ab Vollendung des 60. Lebensjahres ein abschlagsfreier Zugang zu einer Altersrente gewährt werden. Neue Möglichkeiten der geförderten Altersteilzeit müssen geschaffen werden.
6. Wir fordern die **Erhöhung des Rentenniveaus** schrittweise auf mind 50%.
7. Wir fordern die **Veränderung der Rentenanpassungsformel**. Die Renten müssen der Lohnentwicklung unmittelbar folgen. Dämpfungsfaktoren sind daher zu streichen.

8. Krankenversicherung

Was falsch läuft:

Es hat sich eine Zwei-Klassen-Medizin entwickelt, in der die optimal gesundheitliche Betreuung immer mehr vom Geldbeutel abhängig ist. Es gibt keine paritätisch finanzierte Krankenversicherung mehr, die Kosten für die Arbeitnehmer sind gestiegen. Trotz steigender finanzieller Beteiligung der Beitragszahler an den GKV-Ausgaben sind die Qualität und der Umfang der GKV-Leistungen in den letzten Jahren nicht im selben Maße gestiegen. Einige Leistungen wurden sogar vollständig gestrichen oder es wurden nur noch begrenzte Zuschüsse gewährt.

Der Zugang zur privaten Krankenversicherung hängt vom Einkommen oder vom Status (Beamte*innen, Selbstständige) ab. Ein Wechsel zu einem anderen Versicherungsunternehmen ist in der PKV ohne erhebliche Beitragssteigerung praktisch (und ohne Verlust der Altersrückstellungen) unmöglich.

Was wir besser machen wollen:

Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, also auch Selbstständige, Beamte und Abgeordnete. Dabei sind Übergangsmöglichkeiten auch für die bisher bereits Versicherten vorzusehen. Private Versicherungen sollen nur noch den Charakter einer Zusatzversicherung erhalten, ohne die gesetzliche Krankenversicherung zu schmälern.

Ein solcher Systemwechsel funktioniert sicherlich nicht von heute auf morgen, sondern mit Übergangsphasen. Menschen, die bereits privat versichert sind, sollen nicht zum Wechsel gezwungen werden. Das System sollte schrittweise verändert werden. Wer jedoch sofort wechseln will, soll dazu die Möglichkeit erhalten.

Unsere konkreten Forderungen an den Bund:

1. Wir wollen eine **einheitliche Bürgerversicherung** schaffen, in die alle gleichermaßen einzahlen und von der alle profitieren.
2. Die **Beitragsbemessungsgrenze** in der gesetzlichen Krankenversicherung sollten auf das Niveau der Rentenversicherung erhöht werden. Der Beitragssatz könnte damit für alle entsprechend gesenkt werden.
3. Die **Modernisierung der Versorgungsstrukturen** und die **Förderung der Prävention** soll über Steuern finanziert werden. Länder und Bund müssen sich daran stärker beteiligen.
4. Wir fordern, die unterschiedlichen Vergütungsordnungen von GKV, UV und PKV in eine **einheitliche Vergütungsordnung** zu überführen.
5. Wir wollen, dass das gesamte **Zuzahlungssystem** kritisch überprüft wird; dies auch mit der Fragestellung, ob Leistungen, wie z. B. Sehhilfen, Hörgeräte oder Zahnersatz wieder als Sachleistung in den Katalog der GKV aufgenommen werden sollten, auch wenn das mit höheren Ausgaben verbunden ist.